



## Martin Patzelt MdB



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

am Ende der Woche haben wir die Zahl der sicheren Herkunftsländer um die drei Maghreb-Staaten Algerien, Marokko und Tunesien erweitert. Damit gilt auch für Menschen aus diesen Ländern die gesetzliche Vermutung, dass ihre Asylanträge unbegründet sind. Durch diese Einstufung kann dann schneller über die Anträge entschieden werden. Im vergangenen Jahr wurden in Deutschland etwa 26.000 Asylbewerber aus diesen drei Ländern registriert. Die Anerkennungsquote lag für Marokko bei 2,3 Prozent, für Algerien bei knapp einem Prozent und für

Tunesien bei null Prozent. In diesem Jahr liegen die Quoten bislang sogar noch niedriger. Es bleibt allerdings dabei, dass jeder Antrag individuell geprüft wird. Antragsteller können ihre Situation in ihrem Heimatland vortragen und gegebenenfalls ihren Anspruch auf einen Schutzstatus in Deutschland belegen.

An dieser Stelle möchte ich einer wiederholt irreführenden Behauptung ganz entschieden entgegenreten. Immer wieder ist die Rede von Bestechungsgeld für den türkischen Präsidenten Recep Erdogan, wenn es um finanzielle Hilfe für die Flüchtlinge in der Türkei geht. Das ist falsch. Das Geld, das die Türkei durch die EU erhält, wird

ausschließlich für die Flüchtlingsarbeit vor Ort verwendet. Die Mittel werden durch die EU einer ständigen Überprüfung auf ihre zweckbestimmte Verwendung unterzogen. Der UNO-Flüchtlingsrat überprüft die Lebensbedingungen der Menschen in diesen Lagern. Es ist recht und billig, wenn wir den Ländern, die diese Flüchtlinge millionenfach betreuen, auch eine entsprechende Unterstützung gewähren.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre  
Ihr

Im Gespräch mit der Thailändischen Botschafterin I.E. Frau Nongnuth Phetcharatana über die menschenrechtliche Lage in Thailand.



## Vorstellung des Freiwilligensurveys 2014

In der Sitzung des Unterausschusses Bürgerschaftliches Engagement stellte diese Woche Prof. Clemens Tesch-Römer vom Deutschen Zentrum für Altersfragen die zentralen Ergebnisse des Deutschen Freiwilligensurveys 2014 vor. Die Forschung wurde vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt.

Die Ergebnisse lassen erkennen, dass der Anteil engagierter Menschen steigt. Aber die Beteiligung am Engagement unterscheidet sich deutlich zwischen den verschiedenen Bevölkerungsgruppen. Weiterhin wurde festgestellt, dass das Engage-

ment der Männer höher ist als das der Frauen, wenn auch nur geringfügig. Je höher der Bildungsstand, desto höher ist der Anteil derjenigen, die sich freiwillig engagieren. Auch kann man erkennen, dass diejenigen, die im Berufsleben stehen, sich zusätzlich freiwillig engagieren. Weiterhin gibt es in den Altersgruppen große Unterschiede. Hier wurde festgestellt, dass bei den 14- bis 29-Jährigen und den 30- bis 49-Jährigen der Anteil freiwillig Engagierter am höchsten ist. Den geringsten Anteil weisen Personen im Alter von 65 und mehr Jahren auf.

Menschen engagieren sich in unterschiedlichen Bereichen.

Der höchste Anteil liegt hier im Bereich Sport und Bewegung, gefolgt von den Bereichen Schule oder Kindergarten mit 9,1 Prozent und Kultur und Musik mit 9,0 Prozent.

Zwar ist die Zahl der Menschen, die sich engagieren, gestiegen. Jedoch ist die für die freiwilligen Tätigkeiten investierte Zeit gesunken, womit sich auch begründen lässt, dass das Interesse für die Ausübung einer Leitungsfunktionen um elf Prozent zurückgegangen ist.

## Begegnung mit dem Iranischen Botschafter



Der Iranische Botschafter S. E. Ali Majedi (2.v.re) im Gespräch mit Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses

## Schnellere und kompetente Bearbeitung der Asylanträge

In einem Gespräch des Menschenrechtsausschusses mit dem Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF), Frank-Jürgen Weise, in dieser Woche konnte ich mich davon überzeugen, dass eine fundierte und schnellere Bearbeitung der Flüchtlingsaufnahme und der Asylverfahren seit seiner Amtsübernahme in Gang gesetzt wurde.

Sowohl auf die Evaluation als auch auf das Erkennen der Mängel und die Weiterentwicklung in der Sache selbst bedacht, verliert Weise weder den Blick auf die notwendigen Bedürfnisse der Bundesbürger noch auf den der Flüchtlinge.

### Viele Doppelregistrierungen

Weise trat dem im Lande eingetretenen falschen Eindruck einer schleppenden Bearbeitung entgegen und erklärte, dass alle Flüchtlinge, die nach Deutschland gekommen seien, registriert seien, dass aber durch Doppelregistrierungen die Zahl der schutzsuchenden Menschen noch nach unten zu korrigieren sei. Bis zum Herbst 2016 bekomme das BAMF alle Daten zentral zur Verfügung gestellt.

### Monatliche Pressegespräche

Um die komplexen Sachverhalte und die aktuellen Entwicklungen besser der Öffentlichkeit vermitteln zu können, werden nun monatliche Pressegespräche organisiert, die auch im Internet verfolgt werden können. Auf der Internetseite des

BAMF werden die Termine bekanntgegeben.

Dem Ziel einer durchschnittlichen Verfahrensdauer von drei Monaten für Neuanträge ist man laut Weise deutlich näher gekommen. Die durchschnittliche Verfahrensdauer für Anträge, die in den letzten 12 Monaten gestellt wurden, liegt bei nur noch 3,6 Monaten. Die genaue Zahl der zu uns gekommenen Menschen kann am Ende dieses Jahres auch genau benannt werden. Dieses wird möglich, weil alle Schutzsuchenden dann den neuen fälschungssicheren Flüchtlingsausweis erhalten haben.

### 7300 zusätzliche Stellen

Dadurch, dass in diesem Jahr die Flüchtlingszahlen erkennbar deutlich nach unten gegangen sind und das Personal erheblich aufgestockt – 7.300 Stellen wurden genehmigt – und auch qualifiziert worden ist, können deutlich mehr Anhörungen kompetenter und schneller durchgeführt sowie Entscheidungen getroffen werden. Ende April 2016 lag die Zahl der noch nicht entschiedenen Anträge bei 431.993. Im April konnte über die Anträge von 44.395 Personen entschieden werden. Das ist viermal so viel wie im Januar.

### Bis drei Jahre Wartezeit

Eine schnellere Entscheidung über einen Status sei, so Weise, auch deshalb wichtig, damit die Flüchtlinge so schnell

wie möglich sowohl in Integrationsmaßnahmen als auch in Arbeit kämen. Wartezeiten bis zu drei Jahren und der Umstand, nicht arbeiten zu dürfen, aber trotzdem Geld zu bekommen, würden auch viele Flüchtlinge nicht verstehen.

### Unstrukturierte Tagesabläufe

Weise stimmte meiner bereits seit längerem immer wieder vorgetragenen Überzeugung nachdrücklich zu, dass die Beschäftigungslosigkeit und die unstrukturierten Tagesabläufe der Flüchtlinge über einen langen Zeitraum demoralisierende und demotivierende Folgen haben und nicht hinnehmbar sind.

### Sofort in Praktika

Daher befürworte ich nachdrücklich die Ausweitung der Möglichkeit, diese Menschen sofort in Praktika jeglicher Art unterzubringen, damit sie so eine erste Qualifikation bekommen, auf der sie in einer Ausbildung und in einem Beruf aufbauen können. Berufsbildungseinrichtungen, die freie Kapazitäten und fachliche Kompetenz haben, könnten in diese Beschäftigungsoffensive eingebunden werden.

Auch regte ich an, das bürgerschaftliche Engagement durch die Bundesagentur für Arbeit noch intensiver und breiter zu unterstützen und zu fördern.



## Martin Patzelt, MdB

Mitglied im Ausschuss für  
Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend  
Mitglied im Ausschuss für  
Menschenrechte und  
Humanitäre Hilfe  
Mitglied im Unterausschuss  
Bürgerschaftliches Engagement

### Büro Berlin

Katja Frenkel  
Dr. Maria Blömer  
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel. 030/227 71440  
Fax 030/227 76439  
martin.patzelt@bundestag.de

### Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Anna Fabisch  
Sophienstr. 41/42  
15230 Frankfurt (Oder)  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
martin.patzelt.ma04@bundestag.de  
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,  
Mi 9-16 Uhr

### Wahlkreisbüro Eisenhüttenstadt

Dr. Markus Zaplata  
Saarlouiser Str. 35  
15890 Eisenhüttenstadt  
Tel. 0335/276 294 36  
Fax 0335/276 294 37  
geöffnet: Do 16-18 Uhr

Um diesen Newsletter zu  
abonnieren, senden Sie uns  
bitte eine E-Mail an:  
martin.patzelt@bundestag.de

[www.martin-patzelt.de](http://www.martin-patzelt.de)

## Mein Schülerpraktikum im Büro Martin Patzelt



Schülerpraktikant Finn Wolf aus Eichwalde.

Ich bin Schüler des Humboldt Gymnasiums Eichwalde, wo ich derzeit die neunte Klasse besuche.

Nun hatte ich im Rahmen eines dreiwöchigen Schülerpraktikums die Möglichkeit, den Beruf des Abgeordneten und die politischen Abläufe des Bundestages etwas näher kennen zu lernen.

Ich konnte viele Arbeitsgruppen und Ausschüsse besuchen. Dort bekam ich eine ganz neue Sichtweise auf politische Themen. Auch besuchte ich das Plenum, wo es eine Abstimmung zum Thema Fracking gab. Dies war eine sehr interessante Erfahrung. In der sitzungsfreien Woche

arbeitete ich viel im Büro. Dies brachte mir die Abläufe im Büro eines Bundestagsabgeordneten näher. Abschließend kann ich sagen, dass ich in meinem Schülerpraktikum viele interessante und neue Eindrücke gewinnen konnte.

Finn Wolf

## Hearing zum Thema Menschenrechte in Thailand

Als Mitglied des Menschenrechtsausschusses und dort zuständiger Berichterstatter für Südostasien organisiere ich am 31. Mai im Deutschen Bundestag zusammen mit dem früheren Bundestagsabgeordneten und jetzigen Direktor des Remembrance Forums Germany e.V., Jochen Feilcke, ein Hearing zu dem Thema „Menschenrechtsverletzungen als Hindernisse

auf dem Weg Thailands in die Demokratie?“.

Welchen Wert die Akzeptanz, Umsetzung und Einhaltung der Menschenrechte für einen zukunftsweisen Demokratisierungsprozess in Thailand hat, soll am 31. Mai 2016 mit internationalen Menschenrechtsexperten diskutiert werden. Außerdem sollen die Handlungs-

spielräume und Einwirkungsmöglichkeiten Deutschlands und der Europäischen Union auf die demokratische Entwicklung Thailands erörtert werden.

Unser Hearing soll in Deutschland und darüber hinaus in ganz Europa deutlich machen, dass wir die Glaubwürdigkeit der Militärjunta daran messen, ob sie Zusagen einhält.